

# 2015 – ein entscheidende Jahr für das Klima

Thomas Fatheuer

Die internationalen Klimaverhandlungen haben an Attraktion und Aufmerksamkeit verloren. Wer hat schon Geduld und Nerven, den Verhandlungsmarathon zu begleiten, vor allem wenn sich immer wieder der Eindruck aufdrängt, dass das alte Motto „außer Spesen nichts gewesen“ zutreffend ist. Nun, dieses Jahr soll es zumindest einen vorläufigen Schlusspunkt geben. Im November soll in Paris ein neues Abkommen unter Dach und Fach gebracht werden, das ab 2020 gilt und den Klimawandel aufhalten soll. Erklärtes Ziel bleibt bis heute die Erderwärmung auf einen Wert um die 2 Grad Celsius zu beschränken.

Nach der letzten Klimakonferenz in Lima werden die Konturen dessen, was in Paris zu erwarten ist, immer deutlicher. Oder auch was nicht zu erwarten ist: Ein völkerrechtliches Abkommen, dass allen Beteiligten eine verbindliche Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes vorschreibt, wird es nicht geben. Stattdessen sollen alle Staaten ihre Absichten zur Reduktion von CO<sub>2</sub> vorlegen. Das sind dann die „beabsichtigten national festgelegten Minderungsbeiträge“ (intended nationally determined contributions = INDCs) die als Zusagen in das Abkommen von Paris eingehen sollen. Statt verbindlicher Verpflichtungen wird es also nur Absichtserklärungen der einzelnen Länder geben. Diese sollen aber insgesamt so ausfallen, dass das Zwei-Grad-Ziel noch zu erreichen ist.

Viele Fragen bleiben dabei offen, und in Lima zeigte sich wieder, dass die Vorstellungen der sogenannten Entwicklungsländer sehr anders sind als die der USA und Europa. Auf der einen Seite ist klar, dass ein Abkommen ohne Verpflichtungen auch für die aufstrebenden Länder des Südens, wie China, Indien oder Brasilien, nichts wert wäre. Andererseits ist auch unbestreitbar, dass den alten Industrieländern eine besondere Verantwortung für den Klimawandel

zukommt, weil sie historisch viel mehr zur Aufladung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> beigetragen haben als die Newcomer in der Weltwirtschaft. Wie aber dies Spannungsfeld zwischen Gerechtigkeit und Verpflichtungen in einem Abkommen aufgelöst werden soll, bleibt nicht nur unklar, sondern ist weiterhin höchst umstritten.

Aber bei den Verhandlungen geht es nicht nur um Reduktionsverpflichtungen, sondern natürlich auch um Geld. Der grüne Klimafond (Green Climate Fond) soll zu dem zentralen Instrument werden, Klimapolitik auch in ärmeren Ländern zu finanzieren. Bisher haben die 29 Geberländer einen Betrag für 10,2 Mrd US-Dollar für einen Zeitraum von vier Jahren zugesagt. Angestrebt ist aber ein viel ehrgeizigeres Ziel, nämlich 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr für Klimamaßnahmen bereitzustellen. Solche enormen Summen wecken aber nicht nur Hoffnungen: viele NGOs befürchten, dass die Klimafinanzierung auf Kosten der „klassischen“ Entwicklungszusammenarbeit geht. Am Ende würde kaum mehr Geld zur Verfügung gestellt, sondern nur vorhandene Mittel umetikettiert.

Und noch etwas ist in den letzten Verhandlungsrunden deutlich geworden: Unter dem Deckmantel CO<sub>2</sub>-Reduzierung finden sich auch dubiose Akteure und Vorschläge wieder. So will die Kohle- und Erdölindustrie ihre Zukunft durch die umstrittene Speicherung von CO<sub>2</sub> im Boden verlängern, eine Technologie die als CCS bekannt ist. Ohne Kohle können wir keinen Zugang zu preiswerter Energie garantieren – also brauchen wir CCS – so das Mantra der Kohleindustrie.

Die Ideen gehen aber noch weiter und sind mit einem Ziel verbunden das in letzter Zeit immer öfter zu hören ist: Netto Null Emissionen, spätestens bis Ende des Jahrhunderts. Netto Null bedeutet, dass



Emissionen aus fossilen Energiequellen weiter laufen können, wenn sie denn kompensiert werden, etwa durch Aufforstungen oder die Nutzung von Biomasse in Verbindung mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (Bioenergy with Carbon Capture and Storage, BECCS). BECCS beinhaltet die großflächige Anpflanzung von Gras und Bäumen, die Verbrennung dieser Biomasse zur Stromerzeugung und die Abscheidung des ausgestoßenen CO<sub>2</sub>, das anschließend in unterirdische geologische Reservoirs gepumpt wird.

Es geht also bei den Klimakonferenzen nicht nur um die Reduktion von CO<sub>2</sub> im Industriebereich. Die Ergebnisse von Paris sind auch für den gesamten Komplex „Landnutzung“ von höchster Relevanz. So ist etwa die Frage der Entwaldung schon lange in den Fokus der Klimakonferenzen gerückt. Die Reduzierung von Entwaldung (auch unter der Abkürzung REDD bekannt) soll zu einem Marktmechanismus ausgebaut werden.

Es geht in Paris also nicht nur um die Frage, ob ausreichende Vorgaben zur Begrenzung der Erderwärmung beschlossen werden, sondern auch darum, ob mit dem Argument der CO<sub>2</sub>-Reduzierung fragwürdigen Vorhaben oder Mechanismen – wie CCS oder BECCS – gefördert werden. Gerade deshalb ist eine Haltung wie „da kommt ja doch nicht bei raus“ – irreführend. Für Lobbyarbeit und Proteste im Vorfeld von Paris gibt es jedenfalls noch genug zu tun.